

Neudruck

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE
der Fraktion der FDP

zum Antrag der CDU-Fraktion - Flughafen BER: Unverzüglich Transparenz bei Baufortschritt, Kostenentwicklung, Lärmschutz und möglicher Kapazitätserweiterungen herstellen - Drucksache 5/5415

Arbeit des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft transparent gestalten – Landtag zeitnah unterrichten. Schallschutz umsetzen!

Die Verschiebung der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg hat zu einem deutlichen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit geführt. Fluggäste, Unternehmen, Baubetriebe und zukünftige Dienstleister am BER sind verunsichert. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner des zukünftigen Flughafens Berlin Brandenburg erwarten, dass das Management der Flughafengesellschaft den Schallschutz intensiver als bisher umsetzt. Das planfestgestellte Schallschutzprogramm kommt noch nicht schnell genug voran.

Dabei bleibt der Flughafen Berlin Brandenburg das wichtigste Infrastrukturprojekt des Landes Brandenburg und wird die Flugnachfrage der Hauptstadtregion der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen. Er bietet die Chance für eine bessere Integration unserer regionalen Wirtschaft in den globalen Wissens- und Warenverkehr und damit für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Deswegen unterstützt der Landtag die Arbeit der Landesregierung in den Gremien der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg.

Der Landtag Brandenburg erwartet

- eine zeitnahe Berichterstattung der Landesregierung über den Baufortschritt, die Kostenentwicklung, den Lärmschutz und mögliche Kapazitätserweiterungen.
- zur Unterstützung der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft eine anlassbezogene Hinzuziehung von externem Sachverstand. Damit sollen auch die Gremien der Flughafengesellschaft noch besser in die Lage versetzt werden, die Gesellschaft zu kontrollieren.
- eine frühzeitige Einbindung bei möglicherweise notwendigen haushaltsrelevanten Zuschüssen der Gesellschafter der Flughafengesellschaft für das Investitionsprojekt.
- eine themenorientierte und anlassbezogene Sitzungsfolge der Gremien der Flughafengesellschaft.

- eine schnellstmögliche Unterrichtung über die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung am 22. Juni 2012.
- zeitnah darüber informiert zu werden, auf welche Weise Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen, die aufgrund des verschobenen Eröffnungstermins unverschuldet wirtschaftliche Nachteile erleiden, unterstützt und ggf. entschädigt werden können.
- bis zur verschobenen Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg eine angemessene, effektive und großzügige Umsetzung des Schallschutzprogramms. Die Landesregierung wird aufgefordert die Umsetzung des Lärmschutzprogramms in den Gremien umfassend zu kontrollieren und unabhängige regionale Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Begründung:

Der neue Flughafen Berlin Brandenburg ist ein herausragendes Investitionsprojekt der Region Brandenburg Berlin. Von ihm können erhebliche Impulse für Wirtschafts- und Beschäftigtenwachstum ausgehen. Umso dringlicher erscheint eine effektive Kontrolle der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft durch die Gremien.

Durch die erneute, von der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft zu verantwortende, Verschiebung des Eröffnungstermins hat die Region Schaden genommen. Deswegen muss die Flughafengesellschaft zukünftig von ihren Gremien noch intensiver kontrolliert werden als bisher. Gegebenenfalls ist dazu externer Sachverstand hinzuzuziehen.

Bisher ist es dem Flughafen nicht gelungen die Umfeldregion auf Augenhöhe mitzunehmen. Auch das Lärmschutzprogramm wurde in der Wahrnehmung der hauptbetroffenen Bürger weder ausreichend noch nachhaltig und intensiv umgesetzt. Der neue Flughafen verbindet die Hauptstadtregion mit der Welt. Dies kann aber nur gelingen wenn er sein Umfeld ernst nimmt und bereit ist, seinen Teil zu einem fairen regionalen Interessenausgleich beizutragen.

Der Landtag erwartet vor diesem Hintergrund eine zeitnahe und gründliche Information aller flughafenrelevanten Themen, um die Landesregierung angemessen unterstützen zu können.

Ralf Holzschuher
für die Fraktion der SPD

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE

Andreas Büttner
für die Fraktion der FDP